



Koch & Co. ruinieren auch den Marburger Haushalt Die Stadt muss mit 15 Millionen weniger auskommen

Zugegeben: Marburg geht es im Vergleich zu anderen Städten noch gut – das liegt vor allem an Jahrzehnten solider sozialdemokratischer Haushaltspolitik. Die Gewerbesteuer ist nicht weggebrochen – dank guter Standortpolitik des Oberbürgermeisters. Weil die SPD in der letzten Regierung die entscheidenden Weichen gestellt hat, ist der Arbeitsmarkt relativ stabil geblieben. Und damit auch die Steueranteile für Marburg, etwa aus der Einkommenssteuer.

Trotzdem verliert Marburg künftig rund 15 Millionen Euro im Jahr!

- ➔ Das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" der Bundesregierung finanziert Steuerentlastungen auf Pump. Und es vermindert die Steueranteile der Kommunen. Geld, das vor Ort fehlt. Geld für Investitionen, für Schulen, für gute Kinderbetreuung.
- ➔ Die Regierung Koch hat dem im Bundesrat zugestimmt. Obwohl der hessische Finanzminister selbst keinen Cent mehr in der Kasse hat. Denn Dreistigkeit hat Methode:
- ➔ Das Land nimmt den hessischen Kommunen ab 2011 jährlich 400 Millionen Euro weg, um den eigenen Haushalt zu entlasten. Geld, das vor Ort fehlt. Geld für Kultur und Sport. Oder für Straßen. Und damit auch für das heimische Gewerbe.
- ➔ Marburg hat freiwillig hohe Standards in der Kinderbetreuung umgesetzt. Zum Wohl von Kindern und Beschäftigten. Jetzt sind diese Standards gesetzlich vorgeschrieben. Doch Sozialminister Banzer will die Mehrkosten nur denen geben, die keine eigene Initiative ergriffen haben. Das ist ungerecht, weil die Stadt dauerhaft auf Kosten sitzen bleiben soll, die anderen erstattet werden. Wer sozialpolitische die Initiative ergreift, wird von der Landesregierung zusätzlich bestraft.

Wir machen diesen Irrsinn nicht mit!

- Die Stadtverordnetenversammlung wird heute auf Initiative von Rot-Grün die Landesregierung auffordern, den Kommunen keine weiteren Belastungen aufzubürden.
- Wir fordern die Rücknahme des 400-Millionen-Sonderopfers.
- Wir wollen den vollen Ausgleich für Kosten, die auf Grund von Landesgesetzen entstehen.
- Die Marburger SPD steht für eine solide Finanzpolitik. Was unser Oberbürgermeister Egon Vaupel bereits im letzten November prognostiziert und im Januar konkretisiert hat, ist nunmehr bestätigt: Auch Marburg verliert durch die Maßnahmen aus Berlin und Wiesbaden eine Menge Geld. Darauf reagieren wir mit einem Doppelhaushalt für 2010 und 2011, der gerade erarbeitet wird. Damit alle in der Stadt Planungssicherheit haben, über den Tag hinaus.